Donnerstag, 13. Oktober. 1921. – Nr. 478.

Westfälischer Merkur.

Begründet 1822. Abend-Ausgabe. 100. Jahrgang.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, an Sonn- und Feiertagen sowie Montags einmal.
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 10—11 Uhr vorm.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernspr.: Red. 3615, 3616 u. 3217, Geschäftsstelle 3217 u. 3218.

Anzeigenpreis:
Der Raum für die Anzeigenspalte 36 mm breit, 1 mm hoch, 50 ₰; für die Reklamespalte, 90 mm breit, ℳ 2.—, ohne jeden Teuerungszuschlag.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59 sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Bezugspreis:
Monatlicher Bezugspreis für Münster, 5.— ℳ frei ins Haus gebracht; bei den deutschen Postanstalten ebenfalls 5.— ℳ einschließlich Bestellgeld, bei zweimaliger Zustellung.
Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, den Zeitungskiosken, an den Bahnhöfen 2c. das Stück 20 Pfennig.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet vorm. v. 8—12½ Uhr, nachm. v. ½3—6 Uhr. Postscheckkonto: Amt Cöln 14 622.

Vor dem Zusammenbruch?

Wenn nicht in der allerletzten Stunde noch ein Wunder geschieht, ist Oberschlesien dem Verderben verfallen und wird in seinem Falle alles mitreißen, was seit zwei Jahren mit so viel Mühen und Opfern zur Rettung Europas aufgebaut worden ist. Die schlimmsten Nachrichten bestätigen sich. Die Zerreißung des blühenden Wirtschaftskörpers ist beschlossen. Die letzten Vorstellungen unserer Regierung in London waren vergebens. Die englische Regierung verschanzt sich zur Verdeckung ihres neuen Umfalls hinter der Behauptung, daß sie verpflichtet sei, den Entscheid des Völkerbundsrates anzunehmen. Diese Ausrede soll glaubhaft gemacht werden durch die Angabe, die alliierten Minister hätten bei der Konferenz in Paris das „Ehrenwort" gegeben, daß sie sich dem Spruche unterwerfen würden. Wenn in der Politik mit „Ehrenwörtern" gearbeitet wird, so ist ein unehrliches Spiel im Gange. Dabei hat Frankreich gewonnen, weil es die Mitglieder und Gehilfen des Völkerbundsrates zu bearbeiten verstanden hat. Die englische Weltmacht hat eine schwere Niederlage erlitten, weil sie nicht den Mut fand, ihre feierlich verkündete Meinung zu vertreten.

Unter den Folgen der politischen Niederlage wird auch England noch schwer zu leiden haben; aber zunächst und am schwersten wird Deutschland betroffen.

Der Preis für den Dollar ist jetzt auf die unerhörte Höhe von 133 Reichsmark gestiegen. Dieser weitere Sturz unserer Währung zeigt in erschreckender Weise, daß das Vertrauen auf Deutschlands Zukunft wieder einen heillosen Stoß erhalten hat. Wenn von unserer Seite auf den drohenden Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hingewiesen wird, so sagen die Franzosen, das sei nur ein „Manöver". Aber die am Weltmarkt tätigen Leute aller Nationen bestätigen durch ihr Verhalten, daß dem deutschen Wirtschaftskörper eine lebensgefährliche Wunde beigebracht wird.

Was wird nun aus der Kredithilfe der deutschen Industriellen und Großbanken, die uns neue Hoffnung auf Gesundung geben wollte? Sie wird abgesagt. Was wird aus dem Abkommen von Wiesbaden, das nicht bloß eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Entspannung versprach? Während die französische Presse dieses Abkommen mit schönen Worten begrüßte, haben die Machthaber in Paris das Verderben an Oberschlesien durchgesetzt und dadurch es Deutschland unmöglich gemacht, die erforderlichen Sachleistungen zu schaffen und den nötigen Kredit zu finden. Was wird aus der Erfüllung des Ultimatums? In aller Welt, auch in Frankreich, ist anerkannt worden, daß Deutschland unter der gegenwärtigen Regierung sich mit aller Kraft und großem Erfolge für die Erfüllung eingesetzt hat. Jetzt wird dieser Politik der Boden unter den Füßen fortgezogen! Alles Gute, was bisher erreicht war, wird mit in den Abgrund gerissen, in den die Franzosen und Polen Oberschlesien stoßen.

Auf den zwischenstaatlichen „Kohlenstaat" hat man anscheinend in Genf wieder verzichtet. Aber es heißt, daß eine dreigliedrige Kommission vorgesehen sei, die für die unentbehrliche wirtschaftliche Einheit in dem politisch zerschnittenen Oberschlesien sorgen soll. Das ist ein fadenscheiniger Deckmantel für den Verrat am eigenen Gewissen der Mitglieder des Völkerbundsrates. Sie erkannten wohl, daß die Industrie von Oberschlesien nur lebensfähig ist, wenn die ineinander verwachsenen Teile weiterhin in Gemeinschaft bleiben. Aber auf Drängen von Paris und Warschau beschlossen sie doch die politische Trennung und schoben die Kommission vor, die gegen die Folgen des Schnittes ohnmächtig sein wird. Das ist gerade so, als wenn ein skrupelloser Arzt auf Kommando ein Bein amputieren und dann mit Heftpflaster wieder ankleben wollte. Es ist in der Tat die Zerfleischung eines lebenden Organismus, dessen Teile sich nicht wieder vereinigen lassen.

Dieser Frevel an Recht und Vernunft ist ein furchtbarer Schicksalsschlag — nicht bloß für Deutschland, sondern für Europa und die ganze Weltkultur. So wird der „Völkerbund" zum „Völkerverderber!"

*

Die einmütige Auffassung des Reichskabinetts.

WTB. **Berlin**, 13. Okt. (Telegr.) Amtlich. **In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichskanzler der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerbundsrat in Genf, soweit sich aus unwidersprochenen Nachrichten entnehmen lasse, über das oberschlesische Gebiet in einer Weise verfügt habe, welche weder der durch die Abstimmung klar zu tage getretenen Willenskundgebung der oberschlesischen Bevölkerung, noch dem wirtschaftlichen Bedürfnis des Landes entspricht. Trifft diese Nachricht zu, und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so werden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitswerten und Kulturgütern von deutschem Fleiß und Geist geschaffen worden ist, vom Reiche getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt. Diese Zerreißung würde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens, sondern auch vom gesamten deutschen Volke als Vergewaltigung und bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht friedliche Entwickelung, sondern unablässige Beunruhigung und Zwistigkeiten würden die Folge sein. Dem deutschen Wirtschaftskörper würde eine unheilbare Wunde geschlagen werden.** Zusammenfassend **erklärte der Reichskanzler, falls die Entscheidung so ausfalle wie zu befürchten ist, sei eine Lage geschaffen, welche die Voraussetzung beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reiches übernommen und geführt hat. Eine abschließende Entscheidung wird das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates vorliegt. Der Reichskanzler stellte alles dies als einmütige Auffassung des Kabinetts fest.**

Berlin, 13. Okt. (Telegr.) **Ueber die gestrige Nachmittagsitzung des Reichskabinetts weiß das „Tageblatt" noch zu berichten, daß, sollte es zu einem Rücktritt der Reichsregierung kommen, nach einstimmiger Ansicht der Kabinettsmitglieder Dr. Wirth gegebenenfalls mit der Bildung des neuen Reichskabinetts beauftragt werden dürfte. Eine neue Kabinettssitzung ist bisher nicht angeordnet worden, dagegen nehmen die Blätter an, daß der Reichstag auf Verlangen der Reichsregierung schon für die nächste Woche einberufen werden wird, um ihm die Frage des Rücktritts des Kabinetts zu unterbreiten.**

*

Die vorgesehene Grenzlinie.

WTB. **Paris**, 13. Okt. (Telegr.) Der Genfer Korrespondent des „Temps" teilt mit: **Die Grenzlinie in Oberschlesien, die der Völkerbundsrat vorschlägt, scheint jetzt wie folgt zu verlaufen:**

1. **Polen erhält die beiden südlichen Kreise Pleß (insgesamt) und Rybnick (zum größten Teil). 2. Das Industriebecken wird unter die beiden Länder geteilt. Deutschland erhält die westlichen Kreise des Beckens Gleiwitz, Hindenburg, sowie Beuthen-Stadt. Polen erhält die Kreise Königshütte, Beuthen-Land, Kattowitz-Stadt und -Land. 3. Die beiden im Osten von Oberschlesien gelegenen Kreise Tarnowitz und Lublinitz werden in ihrem östlichen Teile Polen in ihrem westlichen Deutschland zugesprochen. 4. Deutschland behält die anderen oberschlesischen Kreise im Norden, Westen und im Zentrum. Also Rosenberg, Kreuzburg, Oppeln, Groß-Strelitz, Tost, Kosel, Oberglogau, Leobschütz und Ratibor. Was das für Oberschlesien vom Obersten Rat in Aussicht genommene Wirtschaftsregime betreffe, glaubt der Korrespondent zu wissen, daß die Frage große Schwierigkeiten bereite, die in den letzten Tagen den Völkerbundsrat stark beschäftigt hätten. Man dürfe so viel sagen, daß eine Kommission die Aufgabe habe, den Verkehr und die Wasserversorgung und andere ähnliche Fragen wirtschaftlicher und technischer Art zu regeln. Die Kommission, die wahrscheinlich nur drei Personen umfassen werde, würde ihre Tätigkeit 10 Jahre lang ausüben. Dieser Zeitraum werde indessen abgekürzt werden können, wenn beide Parteien einig seien, oder auch verlängert werden, wenn die Notwendigkeit dazu sich herausstelle.**

Die amtliche Mitteilung des Völkerbundsrats.

WTB. **Genf**, 13. Okt. (Telegr.) **Die amtliche Mitteilung des Völkerbundsrates, die heute abend nach Schluß der Tagung ausgegeben wurde, vermeidet jede Angabe über die neue Grenze, teilt aber mit, daß sie durch das Industriegebiet geht. Im übrigen gelten die Mitteilungen ausschließlich den Vereinbarungen, mit deren Hilfe die wirtschaftlichen Ungeheuerlichkeiten dieser neuen Grenzführung abgeschwächt werden sollen. Wichtige Bestimmungen beziehen sich auf die Beibehaltung der deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Gebieten, die Eisenbahnfrage, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Zollfreiheit für gewisse Produkte von Kohle und Zink und den Schutz der politischen Minoritäten. Alle diese Bestimmungen gelten nur für eine Uebergangszeit, die in den einzelnen Fällen verschieden bemessen ist und höchstens 15 Jahre dauern soll.**

WTB. **Genf**, 13. Okt. (Telegr.) **Die Tagung des Völkerbundes über Oberschlesien ging heute zu Ende. Gegen 6 Uhr abends unterzeichneten die Ratsmitglieder das abgeschlossene Protokoll. Heute abend reist ein besonderer Kurier nach Paris ab, um Briand das Gutachten zu überbringen.**

*

Die Vorbereitungen zur Veröffentlichung des Beschlusses.

WTB. **Genf**, 13. Okt. (Telegr.) **Der Beschluß über die oberschlesische Frage soll erst nach erfolgter Motivierung an die Regierungen in Warschau und Berlin veröffentlicht werden. Wie man hier heute abend erfährt, soll die Veröffentlichung in den Ententehauptstädten vor den versammelten Pressevertretern stattfinden. In Paris werden Ishii und Bourgeois, in London Balfour und in Rom Imperiali, in Genf der Generalsekretär des Völkerbundes St. Eric Drumont der Presse den amtlichen Text mitteilen.**

*

Die Auffassung der Entente.

WTB. **London**, 12. Okt. Wie Reuter erfährt, ist der Bericht aus Berlin durchaus unbegründet, wonach die englische Regierung die deutsche Regierung bei einer Stellunnahme gegen die Entscheidung des Völkerbundrates in der oberschlesischen Frage unterstützen würde. Es sei in London nicht einmal bekannt, ob der Völkerbundsrat die Vorschläge der Unterausschüsse billigen werde. Es werde als wesentlich betrachtet, daß die deutsche und polnische Regierung sich vorbereiten, die Entscheidung des Obersten Rates, sobald sie veröffentlicht werde, loyal durchzuführen.

WTB. **Paris**, 12. Okt. Die Botschafterkonferenz hat heute vormittag eine kurze Sitzung abgehalten, über die jedoch kein Bericht herausgegeben wurde.

WTB. **Paris**, 13. Okt. **(Telegr.)** Der Londoner Korrespondent des „Temps" berichtet seinem Blatte: Die Veröffentlichung des Berichtes des Völkerbundsrates, in dem die Teilung Oberschlesiens vorgeschlagen werde, rufe in London große Beunruhigung hervor. Man messe der Rückwirkung, die diese Entscheidung in Deutschland hervorrufen werde, und insbesondere einem Sturz des Kabinetts Wirth große Bedeutung bei. Aber man spreche nicht von der Wirkung, die in Polen hervorgerufen werde.

WTB. **Paris**, 13. Okt. **(Telegr.)** Der „Temps" schreibt in seinem Leitartikel: Wenn der Sturz des Kabinetts Wirth absichtlich herbeigeführt werden sollte, so würden die Deutschen von ihrem eigenen Standpunkt aus einen schweren Fehler begehen, und wenn Deutschland unter dem Vorwand eines teilweisen Verlustes der oberschlesischen Industrie sich seinen Verpflichtungen entziehen wolle, würde es eine abenteuerliche Politik einleiten, deren ernste Folgen es zu seinem Schaden sehr bald feststellen würde. Das deutsche Volk müsse sich in seinem eigenen Interesse einer Entscheidung beugen, die mit der hohen Absicht getroffen wurde, ein Werk der Billigkeit zu vollbringen und den Frieden in Europa zu festigen.

WTB. **London**, 13. Okt. **(Tel.)** „Evening Standard" berichtet, es sei sehr wahrscheinlich, daß eine **Sonderkonferenz des Obersten Rates** einberufen werde, um den vom Völkerbund über die oberschlesische Frage gefaßten Bericht zu erwägen. Man glaube, daß die Konferenz des Obersten Rates innerhalb der nächsten 8 bis 10 Tage stattfinden werde.

*

Dr. Mayer bei Berthelot.

Tll. **Paris**, 13. Okt. **(Tel.)** Der deutsche Botschafter Dr. Mayer, der gestern am Quai d'Orsay vorgesprochen hat, ist nicht von Briand, sondern von Berthelot empfangen worden.

*

Deutschlands Arbeiter an den Völkerbund.

WTB. **Berlin**, 13. Okt. **(Telegr.)** Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund und der Gewerkschaftsring der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, der deutsche Werkbund und der deutsche Beamtenbund, haben an den Völkerbundsrat, Lloyd George und Briand folgendes Telegramm gerichtet: Nach übereinstimmender Aeußerung der schweizerischen, Pariser und englischen Presse hat der Völkerbundsrat die Teilung Oberschlesiens beschlossen. Falls dies zutrifft, erheben die deutschen Arbeiter- und Beamtenverbände aller Richtungen Einspruch. Die unterzeichneten Hauptorganisationen, die insgesamt 11 Millionen Mitglieder vertreten und mit Familienangehörigen rund 40 Millionen deutsche Staatsangehörige umfassen, haben sich entschlossen hinter das Repatationsprogramm der Regierung Wirth gestellt. Sie haben das getan, obwohl sie sich bewußt waren, daß die Erfüllung der Reparationen für sie allerhärteste Arbeit und härteste Entbehrungen bedeutet. Jede Abtrennung wichtiger wirtschaftlicher Teile von Deutschland macht die Durchführung dieses Programms unmöglich und bedeutet zugleich Verelendung des deutschen Volkes, das bei seiner Bevölkerungsdichte auf wirtschaftliche Beziehungen, auf Import und Export angewiesen ist. Eine Teilung Oberschlesiens steht auch im Widerspruch mit dem Abstimmungsergebnis und hätte ferner zur Folge, daß die arbeitende Bevölkerung Deutschlands auf alle aus Teil 13 des Friedensvertrages sich ergebenden Maßnahmen verzichten müßte. Die Gerechtigkeit, sowie die Deutschland auferlegten und von ihm anerkannten Pflichten erheischen gebieterisch eine Belassung Oberschlesiens bei Deutschland.

*

Die heimattreuen Oberschlesier an den Völkerbund.

WTB. **Breslau**, 13. Okt. **(Telegr.)** Die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier richten an den Völkerbund einen Funkspruch, worin sie schärfsten Protest gegen jeden Versuch, einen Teil von Oberschlesien zu Polen zu schlagen, erheben und erklären, eine solche Entscheidung würde den schärfsten Gegensatz zu den 14 Punkten Wilsons bilden. Im Vertrauen auf sie legte das deutsche Volk im Jahre 1918 die Waffen nieder. Ausdrücklich sei es aber Wilson gewesen, der Polen nur die Gebiete mit unzweifelhaft polnischer Bevölkerung einräumte. Oberschlesien hat aber, wie allgemein bekannt, keine unbestritten polnische Bevölkerung. Es wäre ein Bruch des Versailler Friedensdiktates, wenn Oberschlesien nicht ganz an Deutschland zurückgegeben würde. Das Friedensdiktat bestimmt weiter ausdrücklich, daß die wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse berücksichtigt werden. Diese zeigen ganz einwandfrei, daß Oberschlesien eine geographische und wirtschaftliche Einheit in Verbindung mit dem deutschen Reiche bilde, und daß eine Zerreißung Oberschlesiens den wirtschaftlichen Tod bedeute, eine selbst von den Polen ausgesprochene Erkenntnis. Nie und nimmer werden wir uns verkaufen lassen. Von Deutschland aber verlangen wir, daß es die Reparationspflicht nur dann erfüllt, wenn das deutsche Recht geachtet wird. Aehnliche Fernsprüche sandten die vereinigten Verbände an Lloyd George, Briand, Bonomi und Nitti. Lloyd George wurde besonders an seinen fair play-Standpunkt erinnert.

*

Die Deutsche Volkspartei Oberschlesiens.

WTB. **Breslau**, 13. Okt. **(Telegr.)** Die deutsche Volkspartei Oberschlesiens hat heute an den Reichskanzler Dr. Wirth folgendes Telegramm gerichtet: Die Deutsche Volkspartei hat bereits innerhalb des deutschen Ausschusses für Oberschlesien ihre Stellung zur Entscheidung über Oberschlesien dargelegt. Sie bringt nochmals zum Ausdruck, daß sie jede Maßnahme des Herrn Reichskanzlers zur Erhaltung eines ungeteilten Oberschlesiens bei Deutschland unterstützt. — An den Parteivorsitzenden Dr. Stresemann hat die Deutsche Volkspartei folgendes Telegramm gerichtet: Die Deutsche Volkspartei Oberschlesiens erwartet in letzter Stunde nochmals volles Einsetzen für ungeteiltes Verbleiben Oberschlesiens beim Vaterlande. Die drohende Teilung ist ein Verbrechen am deutschen Volke und Recht. Die Zusammenarbeit mit einer Regierung, welche die Zerreißung über sich ergehen läßt, ist unmöglich.

Die Frankenwährung im Saargebiet.

* **Genf**, 10. Okt. Die Denkschrift der saarländischen Abordnung ist nun endlich vom Präsidenten der Regierungskommission des Saargebiets, Herrn Raoult, dem sie zunächst zugestellt werden mußte, an die Völkerbundskanzlei gesandt worden, die sie nunmehr an die Mitglieder des Rats verteilt. Raoult hat der Denkschrift einen eigenen Bericht beigelegt, worin versucht wird, die Darlegungen der Saarländer zu entkräften. Gleichzeitig werden von Paris aus irreführende Meldungen über die Stimmung der saarländischen Bevölkerung verbreitet. Das lange Zögern der Regierungskommission, die mehr als acht Tage für die Uebermittlung brauchte, erklärt sich zunächst daraus, daß Gegenmaterial hergestellt werden mußte. Andererseits aber ist bezeichnend, daß die amtliche Uebermittlung erst nach Abreise der saarländischen Abordnung und kurz vor dem Auseinandergehen des Völkerbundrats erfolgte. Angesichts des Interesses und des Verständnisses, das die saarländische Abordnung in den Kreisen des Völkerbundes für die schweren Nöte ihres Vaterlandes fand, ist zu hoffen, daß der Rat trotz seiner Belastung durch die oberschlesische Frage Zeit finden wird, vor seiner Abreise aus Genf zu der Frage der Francswährung entscheidend Stellung zu nehmen, da sonst schwere Folgen nicht zu vermeiden wären.

Entgegen der von der französischen Presse und der Havasagentur auch im Ausland verbreiteten Behauptung, daß die saarländische Abordnung beim Völkerbund sich nur aus einer Gruppe von Unternehmern zusammengesetzt habe, und daß die saarländische Arbeiterschaft sich dem Einspruch gegen die weitere Einführung der Francswährung widersetzte, muß ausdrücklich festgestellt werden, daß die **Abordnung sich aus Vertretern des Handels, der Industrie und einer Anzahl Arbeitervertretern** zusammensetzte. An der Abordnung nahmen teil als Vertreter der Arbeiterschaft Arbeitersekretär Ehrhardt für die freien Gewerkschaften, Gewerkschaftssekretär Karl Hildenbrand für die christlichen Gewerkschaften und der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets, Parteisekretär Valentin Schäfer; ferner waren das Kleingewerbe und das Handwerk durch Generalsekretär Wilhelm Spetzer vertreten. Daß die Abordnung tatsächlich berechtigt war, im Namen der saarländischen Bevölkerung zu sprechen, beweist auch die Tatsache, daß in ihr sämtliche großen Parteien des Saargebiets vertreten waren. Der in Genf verbliebene Geschäftsführer der Abordnung, Dr. Jakob, begab sich heute auf die Völkerbundkanzlei, um entgegen gewissen von französischer Seite verbreiteten Meldungen einige Mitteilungen über die wahre Stimmung im Saarlande und die Zusammensetzung der saarländischen Abordnung zu machen.

Deutsche in französischen Gefängnissen.

Angesichts der hetzerischen Angriffe der französischen Presse gegen die angeblichen Verbrechen deutscher Soldaten in Belgien und Frankreich ist es angebracht, auf die Behandlung hinzuweisen, die Tausende von Rheinländern seit der Besatzungszeit in französischen Gefängnissen erfahren haben. Bekanntlich kann es im besetzten Gebiet mit Leichtigkeit passieren, daß Personen ohne irgendwelchen ersichtlichen Grund verhaftet und in ein Gefängnis der französischen Militärbehörden gebracht werden. Die Zustände, die in diesen Räumlichkeiten herrschen, spotten oft jeglicher Beschreibung. Dabei sperrt man mit Vorliebe die Deutschen mit farbigen Soldaten zusammen, um den verhaßten „Boches" die französische Verachtung besonders fühlbar zu machen. Einer dieser Leidtragenden gibt eine Schilderung über die Behandlungen, die er in den verschiedenen französischen Gefängnissen erduldet hat. Die Leiden der Gefangenen begannen im Saargebiet. Auf der Sammelstelle der französischen Gendarmeriestation in Saarbrücken wurden die Transporte der nach Frankreich Abzutransportierenden zusammengestellt. Als Gefängnisraum diente der Keller eines früheren großen Speichers in der Nähe des Güterbahnhofes. Der Eingang führte unter einer Rampe hindurch. Der Raum ist nicht hoch genug, um aufrecht darin stehen zu können. Einen festen Boden gibt es nicht, so daß bei Regenwetter der sogenannte Fußboden knöcheltief unter Wasser steht. Ein Eimer ersetzt den Abort, der im selben Raum steht und in der Dunkelheit meist nicht gefunden wird. Die einzige Oeffnung besteht in einem Loch in der Mauer von etwa 20 Zentimeter im Quadrat. Der Raum ist also ständig in Dunkelheit gehüllt. Als Trinkgefäße stehen für sämtliche bis 20 Gefangene zählende Insassen zwei Blechbecher und drei leere Konservenbüchsen zur Verfügung. Unter den Gefangenen befanden sich mehrfach schwer lungenkranke Araber und Annamiten, die mit den übrigen die gleichen Decken und die gleichen Trinkgefäße teilten. Nicht besser waren die Gefängnisse in Frankreich, in denen zahlreiche Deutsche aus den besetzten Gebieten teilweise schon jahrelang schmachten. U. a. befindet sich dort noch eine ganze Anzahl Deutscher aus dem Saargebiet, die während der Oktoberunruhen 1919 dorthin verbracht wurden. In zahlreichen Fällen wurde es den Verschleppten nicht gestattet, ihre Familien zu benachrichtigen, so daß mit der Verhaftung der betreffenden Personen in den besetzten Gebieten monatelang über das Schicksal dieser Leute bei den Angehörigen vollständige Ungewißheit herrschte. Am schlimmsten sind die Zustände im Gefängnis von Chalon s. M. Auf den Gängen patrouillierten die Aufseher, von großen Hunden begleitet und mit Knütteln bewaffnet. Beim geringsten Anlaß treten beide in Funktion. Der gefürchtetste französische Gefangenenaufseher ist „père Neveux", der den Beinamen „Le vieux Boxeur" führt und der sich ein besonderes Vergnügen daraus macht, die seiner Obhut anvertrauten Gefangenen bei der geringsten Unachtsamkeit mit seinem Knüppel zu Boden zu boxen. In Chalon verstarb u. a. ein Saardeutscher namens Müller, der während des Eisenbahnerstreiks im August v. J. verhaftet worden war und der von den Franzosen als der „Saarbrücker Revolutionär" bezeichnet und — behandelt wurde. Obwohl schwer krank, wurde ihm ärztlicher Beistand verweigert; noch in der Nacht vor seinem Tode hatte er geradezu nach einem Arzt gejammert, doch vergeblich. Am anderen Morgen war er tot. Aehnliche Zustände herrschten in den Gefängnissen Toul, Bicêtre, Cherche Midi, Lille. Mangel an Licht, Luft und Bewegung, Unreinlichkeit, Ungeziefer plage sind dort Selbstverständlichkeiten. Auch die Geschirre, in denen die Mahlzeiten verabreicht werden, werden anscheinend mit Absicht niemals gereinigt.

In der Behandlung der deutschen Gefangenen, besonders auch derjenigen aus den besetzten Gebieten, in der Zusammensperrung der Deutschen mit Farbigen, beweist Frankreich seinen ganzen Haß und seinen Vernichtungswillen gegen Deutschland. Die Behandlung der deutschen Gefangenen nach Friedensschluß ist neben der schwarzen Schmach im Rheinland die größte Schmach Frankreichs.

Umschau im Auslande.

Die italienischen Sozialdemokraten halten augenblicklich in Mailand ihren Parteitag ab. Den Vorsitz übernahm der Mailänder Bürgermeister Pilipetti. Als ein französischer Kommunist in seiner Begrüßungsrede den italienischen Sozialismus angriff, entstand ein großer Tumult. Als Ersatz für den Sowjetvertreter, Volksbeauftragten Lunatscharski, dem die italienische Regierung die Einreiseerlaubnis verweigert hatte, war ein anderer Delegierter der Sowjets erschienen, ein Freund Trotzkis, dessen Name geheim gehalten wurde. Dieser gebrauchte in seiner Begrüßungsrede die deutsche Sprache. Namens der Parteileitung warnte das Mitglied Bacci vor einer Spaltung. Auf dem Parteitage stehen sich drei Richtungen gegenüber: 1. die Maximalisten, die für den revolutionären Klassenkampf eintreten und die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien ablehnen, indem sie auch das Zusammengehen mit der Moskauer Internationale verweigern. 2. Die zweite Gruppe wird gebildet von den Konzentrationisten. Sie befürwortet die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Klassen und eine evolutionistische Reformpolitik. 3. Die dritte Gruppe bilden die unitarischen Centristen, die eine Verschmelzung beider Richtungen fordern. Nur eine kleine Gruppe vertritt die Moskauer Richtung. Diese Hauptgruppen sind wieder gespalten, so daß eine große Zahl kleiner Gruppen vorhanden ist. Die Maximalisten werden vielleicht die größte Stimmenzahl erhalten; dieses dürfte jedoch dem geistigen und moralischen Uebergewicht der Konzentrazionistischen Richtung keinen Abbruch tun. Bei den Verhandlungen führte der Abg. Baratono aus, daß die Zusammenarbeit der verschiedenen sozialistischen Gruppen nur zeitweise stattfinden dürfe, wenn sich ein Nutzen für die Arbeiter daraus ergäbe. Doch dürften die Sozialisten niemals direkt an der Regierung teilnehmen. Schließlich schlug Baratono eine neue Zusammensetzung der Parteileitung vor. Klara Zetkin, als Vertreterin der dritten Internationale, wandte sich gegen die Reformbestrebungen des italienischen Sozialismus und forderte den Anschluß an die dritte Internationale. Namens der rechten Fraktion sprach der Abg. Treves, der die Zusammenarbeit verteidigte. Die ständigen Forderungen nach Ausschluß könnten den Untergang der Partei herbeiführen. Unter gewissen Umständen müsse man sogar in die Regierung eintreten. Der Abg. Lazzari wünscht Reinigung der Partei durch den Ausschluß der Reformisten.

Im **Washingtoner Senat** haben die Beratungen über die drei Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn begonnen und sollen Ende dieser Woche durchgeführt werden. Der Schluß der Beratungen wird wahrscheinlich am Freitag morgen erfolgen und eine Abstimmung spätestens am nächsten Montag, den 17. Oktober, erwartet.

Die Beilegung des Burgenland-Konfliktes.

Tll. **Rom**, 13. Okt. **(Tel.)** Gestern hat unter dem Vorsitz des italienischen Außenministers della Toretta die österreichische Regierung Verhandlungen begonnen, um den Konflikt wegen des Burgenlandes friedlich beizulegen. Nach allgemeinem Dafürhalten werden die Verhandlungen ein rasches und befriedigendes Ende nehmen.

Krieg in China.

WTB. **London**, 13. Okt. **(Tel.)** Einer „Exchange"-Meldung aus Newyork zufolge **hat der chinesische Vertreter in den Vereinigten Staaten ein Telegramm erhalten, nach dem die Schantungregierung den Militaristen von Peking den Krieg erklärt habe. Chinesische Truppen unter Führung des Präsidenten Sunyatsen rücken von Kwangsi nach Norden vor, um Peking zu nehmen. Sunyatsen verfügt über 140 000 Man mit modernen Waffen.**

Aufstand in französisch China.

WTB. **Hanoi (Tonking)**, 13. Okt. **(Telegr.)** Nach einer Havasmeldung drangen chinesische Banden, die man auf etwa 2000 Gewehre schätzt, in der Nacht vom 8. zum 9. Oktober in das Gebiet von Tonking ein. Der Posten der eingeborenen Truppen zum Schutze Langsons wurde von zwei Banden angegriffen, die die Telegraphenleitungen und die Schienenwege zerstörten. Die Chinesen wurden durch Artilleriefeuer abgewiesen und verloren 15 Tote und zahlreiche Verwundete und ebenso zwei moderne Kanonen kleinen Kalibers. Nach Langson wurden Verstärkungen abgeschickt.

Neueste Nachrichten.

* **Paris**, 12. Okt. Der Ministerrat hat die Ernennung des Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland, General Nollet, zum Mitglied des Obersten Kriegsrates genehmigt. General Nollet tritt an die Stelle des Generals Nivelle, der in den Ruhestand versetzt wird.

Die Opfer des Oppauer Unglücks.

Ludwigshafen, 11. Okt. Die Zahl der **Toten und Vermißten** des Oppauer Unglücks hat nunmehr nach amtlicher Feststellung **600 überschritten**, nachdem noch mehrere Schwerverwundete in den Krankenhäusern gestorben sind. Die Zahl der Erblindeten ist etwas niedriger als ursprünglich mitgeteilt. **An Spenden sind bisher über 60 Millionen Mark aufgebracht worden.**

Zusammenbruch der Triester Schiffahrtsgesellschaft.

* **Triest**, 12. Okt. Seitdem die ehemals österreichisch-ungarische Hafenstadt Triest, die für Oesterreich den Schlüssel zum Adriatischen und Mittelmeer bildete, der italienischen Herrschaft unterstellt ist, geht es unaufhaltsam mit der einstigen Blüte der Stadt zurück. Die größten Triester Industrieunternehmungen, das Stabilimento Tecnico Triestino, die Schiffsmasch.-Fabr. S. Andrea und die Werfte von S. Rocco werden demnächst ihre Betriebe schließen und die Arbeiter entlassen müssen. Es fehlen die Aufträge. In letzter Zeit ist bloß noch für die Schiffahrtsgesellschaft „Navigazione libera Triestina" gearbeitet worden. Zehn Ueberseedampfer für diese Gesellschaft liegen auf Stapel. Die Gesellschaft hat aber alle Zahlungen zur Fortführung der Bauarbeiten einstellen müssen, weil sie von der Regierung, mit welcher ein Vertrag auf Herstellung von 24 Dampfern geschlossen wurde, im Stiche gelassen worden ist. Die Schließung dieser großen Unternehmungen ist gleichbedeutend mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der Hafen-, Handels- und Industriestadt Triest. Zweifellos wird jetzt eine starke Abwanderung einsetzen. Infolge der Schließung der Schiffswerft San Marco und des Beschlusses der Werft von Monfalcone, die Löhne um zwanzig Prozent herabzusetzen, ist in Triest ein allgemeiner Streik ausgebrochen.

Die preußischen Hausbesitzer für Grundsteuer und Mietsteuer.

Berlin, 12. Okt. Unter dem Vorsitz des Justizrats Dr. Baumert-Spandau trat hier der Landesverband der Preußischen Haus- und Grundbesitzer zu einer außerordentlichen Hauptversammlung zusammen, die durch den Umstand bedingt war, daß Preußen in beschleunigter Form eine Verordnung zum Reichsgesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues (Mietsteuer) erlassen will und ferner das Gesetz über die Erhebung einer vorläufigen Grundsteuer zur Beratung steht. Finanzministerium, Handelsministerium und die Stadt Berlin waren vertreten. Der Verbandsvorsitzende Justizrat Dr. Baumert u. Rechtsanwalt Todt begründeten die in nachstehender Entschließung enthaltenen Forderungen, wobei besonders betont wurde, daß es ein ganz unerträglicher Zustand ist, wenn auf der einen Seite dem Hausbesitzer noch wie vor durch Sondergesetze die Erträgnisse gewaltsam herabgedrückt, auf der anderen Seite aber fortgesetzt erhöhte Leistungen von ihm gefordert werden. Die einstimmig angenommene Entschließung besagt:

I.

1. Der preußische Hausbesitz verkennt nicht, daß Staat und Gemeinde durch ihre finanzielle Lage gezwungen sind, den Haus- und Grundbesitz zur Besteuerung heranzuziehen. Jedoch müssen sich diese Steuern auf dem Ertrage aufbauen. Auch dürfen sie nicht dazu dienen, auf Umwegen die Sozialisierung des Hausbesitzes zu erreichen. Vielmehr müssen alle Abgaben vom Grundbesitz derart gestaltet werden, daß der Haus- und Grundbesitz nicht unterliegt und nicht in die Hände der Ausländer weiter gerät.

2. Grundsätzlich fordert der Hausbesitz, daß die geplanten Steuern der Staat direkt von den Nutzungsberechtigten, also von den Mietern einzieht. Denn dadurch, daß der Hauswirt weiter zum Steuereinzieher gemacht wird, wird das bereits jetzt infolge der stets steigenden Lasten bestehende gespannte Verhältnis zwischen Hauswirt und Mieter noch mehr verschärft.

II.

Die in Preußen in Aussicht genommene Berechnung nach § 9 des Reichsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 26. Juni 1921 ist nicht als Berechnung, sondern als Gesetz zu erlassen. Es empfiehlt sich, mit diesem Gesetz das Gesetz über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen zu vereinigen, beide Steuerveranlagungen derselben Behörde zu übertragen, bei beiden den gleichen Steuer-Maßstab zugrunde zu legen und bei beiden die Abwälzbarkeit gleichmäßig und einheitlich zu regeln.

Vorgeschlagen wird, den Katasterämtern die Einschätzung zu übertragen und den Gebäudesteuernutzungswert zugrunde zu legen.

Wenn bei landwirtschaftlichen Grundstücken die Einschätzung zur Grundsteuer nicht mehr zur Grundlage dienen kann, so mag bei diesen ein anderer Maßstab oder eine frühere Steuereinschätzung für die nächsten Jahre genommen werden, bis eine zutreffende Einschätzung des Ertrages bewirkt ist oder ein endgültiges Steuergesetz zustande gekommen ist.

III.

Die Abwälzbarkeit ist gesetzlich mit ausdrücklichen Worten auszusprechen und zwar unter Beachtung folgender Grundsätze:

a) Beantragt der Eigentümer bei der Steuerbehörde die Unterverteilung der Steuer auf die Mieter bezw. Pächter, so ist ihm auf Antrag Frist zu erteilen, bis diese Unterverteilung bewirkt ist.

b) Der Eigentümer ist berechtigt, bei der Unterverteilung der Steuer auf die Mieter den am 1. Juli 1914 tatsächlich gezahlten oder den durch das Mietseinigungsamt anderweitig ortsüblich festgesetzten, oder falls zwischen den Parteien sonst eine Vereinbarung über die Friedensmiete zustande gekommen ist, diesen Betrag zugrunde zu legen. Eine Bemängelung der Unterverteilung seitens des Mieters hebt die Verpflichtung zur Zahlung nicht auf.

c) Es muß die Einschätzung der Eigentümerwohnung zu einem Friedensmietwert ein schnelles Verfahren Platz greifen. Sollte sich der Hauswirt mit seinen Mietern über den Mietswert seiner Wohnung und den Friedensmietswert der übrigen Wohnungen einigen, so mag diese Einigung den Verteilungsmaßstab abgeben. Sollte eine Einigung hierüber nicht zu erzielen sein, so dürfte ein Beamter des Katasteramtes in einfacher schleuniger Weise vorbehaltlich späterer Rechtsmittel auf Antrag den Mietswert der Eigentümerwohnung festzusetzen haben.

d) Der Eigentümer erhält denjenigen Teil der von ihm gezahlten Abgabe, den er von dem Mieter nicht erstattet erhalten kann, zurück, sobald feststeht, daß der Mieter aus irgendeinem Grunde nicht zahlen kann oder will. Es ist dann Sache der Behörde, den fehlenden Betrag einzuziehen. Der Nachweis des Nichteingangs muß erleichtert werden.

e) Wird seitens des Mieters ein Erstattungsanspruch auf Grund des § 10 des Reichsgesetzes gestellt, und hält die Behörde den Erstattungsanspruch nach vorläufiger Prüfung für begründet, so erhält der Eigentümer den auf den Mieter entfallenden von ihm gezahlten Betrag der Steuer zurück.

f) Der Eigentümer ist in den Fällen zu d und e berechtigt, falls er die Beträge nicht schon vorher zurückerhält, die im Vorjahr ihm entgangenen Beträge bei der nächstjährigen Veranlagung im voraus in Abzug zu bringen.

g) Es darf nicht ein Unterschied gemacht werden zwischen Pacht- und Mietsverträgen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes und denjenigen, die nachher abgeschlossen sind. Die Abwälzbarkeit muß als allgemeiner Grundsatz, nicht als eine Ausnahme hingestellt werden. Daher ist auch im Grundvermögenssteuergesetz die Abwälzbarkeit aus § 5 auf gewisse Pächter zu verwerfen. Sie steht auch im Widerspruch mit § 19.

IV.

Endlich muß auch gesetzlich festgelegt werden, daß die Gesamtausgaben vom Haus- und Grundbesitz einschließlich aller Zuschläge der Gemeinde und des Staates 20 Prozent des Bruttoertrages niemals übersteigen dürfen, und endlich muß der sich aus der Höchstmietenverordnung ergebende Zustand beseitigt werden, wonach durch den Höchstzuschlag allgemein die bis zu seinem Inkrafttreten erfolgte Erhöhung der öffentlich-rechtlichen Abgaben abgegolten sein soll. —

Die Frage der Mieterhöhungen bei langfristigen Verträgen wurde von Schriftsteller Dr. Otto Arendt und Generalsekretär Kuhls behandelt und insbesondere hervorgehoben, daß der Zustand, wie er sich auf Grund der heutigen Zwangsgesetze entwickelt hat, eine schreiende soziale Ungerechtigkeit bedeutet, da es sich lediglich um eine Begünstigung der reichen Mieter handelt, während der kleine Mann mit seinem kurzfristigen Vertrag schon längst alle inzwischen eingetretenen Erhöhungen zahlen muß. Auch im Interesse der steuerlichen Leistungsfähigkeit des Hausbesitzes, insbesondere im Hinblick auf die neuen Steuerpläne, muß durch ein Notgesetz eine Mieterhöhung bei langfristigen Verträgen von sofort an ermöglicht werden. Eine solche Regelung entspricht daher der sozialen Gerechtigkeit und liegt, solange der Hausbesitz eben als erste und einzige Steuerquelle für Reich, Staat und Gemeinde sein muß, durchaus im öffentlichen Interesse.

Landtagsabg. Dr. Held (D. Volksp.) betonte in der Erörterung, daß man bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen die Verhältnisse des Hausbesitzes immer völlig verkannt, ihn immer für den Kapitalisten und den Mieter immer für den armen Mann gehalten hat. Dadurch ist nun tatsächlich der umgekehrte Zustand eingetreten, und eine gesetzliche Sanierung des Hausbesitzes muß schon aus dem Grunde unbedingt erfolgen, weil sonst die Mieter überhaupt keine Wohnungen mehr haben.

Gebt für Oppau!

Spendenannahme: Alle Reichsbankanstalten alle Banken, alle Postanstalten

Postscheckkonten: Ludwigshafen Nr. 15000 Frankfurt a. M. Nr. 55000, Berlin Nr. 117000

Geschäftsstelle des Reichshilfsausschusses für Oppau Reichsarbeitsministerium Berlin Scharnhorststr. 35

Spenden werden auch in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen.

Städtisches.

Münster, 13. Oktober.

× **Kostenfreie Uebermittlung angekommener Telegramme durch Fernsprecher.** Der Fernsprechteilnehmer kann bei seiner Telegraphenanstalt schriftlich beantragen, daß für ihn angekommene Telegramme der von ihm bezeichneten Sprechstelle übermittelt werden. Diese Uebermittlung erfolgt jetzt kostenfrei. Die Ursprungsausfertigung des zugesprochenen Telegramms wird dem Fernsprechteilnehmer mit der Post als gewöhnlicher Brief — ebenfalls kostenfrei — zugestellt. Ebenso werden Telegramme an einen Empfänger, der sich bei einem Fernsprechteilnehmer aufhält oder in dessen Diensten steht, zugesprochen, wenn der Empfänger es beantragt und der Anschlußinhaber zustimmt. Meldet sich bei der Teilnehmerstelle ein Anbefugter zur Entgegennahme des Telegramms oder hört er dessen Inhalt mit, so ist die Telegraphenverwaltung für eine Verletzung des Telegraphengeheimnisses nicht verantwortlich. In großen Orten, wie Berlin, wo die Auslieferung der durch Fernsprecher zu übermittelnden angekommenen Telegramme das Bestellgeschäft sehr erschweren würde, hat der Antragsteller dafür zu sorgen, daß die Telegramme bei ihrer Auslieferung die Angabe „Fernsprecher" vor der Anschrift erhalten. Handelt es sich um sehr lange oder um geheimschriftliche Telegramme oder um solche in fremder oder verstümmelter Sprache, so kann die Telegraphenverwaltung abweichend von der Vereinbarung sie durch Boten übertragen lassen, wenn die Telegramme auf diese Weise schneller und sicherer zugestellt werden.

⊡ **Der örtliche Arbeitsmarkt.**

Der Arbeitsnachweis für Stadt- und Landkreis Münster, Centralhof, Eingang Südgerichtsstraße, teilt uns mit:

Der Arbeitsmarkt lag in letzter Zeit wieder sehr günstig. Die Arbeitslosigkeit besonders bei den Ungelernten ist erheblich zurückgegangen. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften war recht lebhaft, konnte aber meist in kurzer Zeit befriedigt werden. Nur Mägde fehlen vollständig. Auch die Metallindustrie benötigt eine größere Anzahl Klempner und Schlosser, der Bedarf konnte im allgemeinen laufend gedeckt werden. Tischler fehlten sehr, ein stärkeres Angebot Arbeitsuchender wäre dringend erwünscht. Für Bäcker und Fleischer ist die Lage des Arbeitsmarktes nach wie vor ungünstig. Ein größeres Angebot von Schmieden ist erst für die nächste Zeit zu erwarten, da die Auflösung des Beschäftigungsamtes unmittelbar bevorsteht. Im Baugewerbe ist die Nachfrage nach Maurern und Zimmerern noch immer eine sehr rege, während Anstreicher zurzeit wieder weniger verlangt werden. Die Eisenbahnverwaltung hat sich nunmehr entschlossen, alle Arbeitskräfte zu entlassen, die früher im Baugewerbe beschäftigt gewesen sind, wenn ihnen Arbeit im Baugewerbe nachgewiesen werden kann. Da durch diese Entlassungen dem Mangel an Bauhandwerkern in erheblichem Maße abgeholfen werden kann, ist dringend erforderlich, daß alle Bauherren, die Wert auf Ueberweisung dieser Kräfte legen, ihren Bedarf alsbald anmelden.

Für ungelernte Arbeiter lag der Arbeitsmarkt ungewöhnlich günstig. Die Nachfrage nach kaufmännischen Büroangestellten war durchaus unbefriedigend.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt waren Schneiderinnen und Putzmacherinnen nicht verlangt, sodaß eine Anzahl gute Kräfte arbeitslos blieben. Küchen- und Zimmermädchen für Wirtschaftsbetrieb meldeten sich sehr wenig, die große Nachfrage blieb daher meist unbefriedigt. Auch für hauswirtschaftliche Arbeiten meldeten sich leider wenig Mädchen, obwohl die Arbeits- und Gehaltsbedingungen jetzt durchaus zufriedenstellend sind, durchaus günstiger als etwa in Anfangsstellungen in Büros. Putzfrauen waren in großer Zahl arbeitsuchend, doch scheitert eine Vermittlung sehr oft daran, daß die Lohnforderungen nicht erfüllt werden bezw. werden können.

Provinzielle Nachrichten.

Brilon, 13. Okt. Auf der Rückfahrt von Usseln wurde der Sohn eines Landwirts aus Dübinghausen abends von Straßenräubern überfallen, die ein Drahtseil über die Straße gespannt hatten, um den jungen Mann mit dem Fahrrad zu Fall zu bringen. Die Räuber schlugen mit einer Eisenstange auf den Ueberfallenen ein und raubten ihm eine größere Summe Geldes. Zum Glück gelang es dem jungen Manne, sich aufs Rad zu schwingen und zu entfliehen. Die aus Dortmund stammenden Straßenräuber wurden in Brilon-Wald in dem Augenblick verhaftet, als sie Fahrkarten zur Heimat lösen wollten. — Hier wurde von einem Automobil eine Milchkuh überfahren. Das Tier war sofort tot.

⊡ **Duisburg**, 12. Okt. Vor etwa fünf Wochen wurden abends an der Kanalbrücke an der Emmerichstraße in Meiderich ein Herr und eine Dame von Räubern überfallen. Die Kerle schlugen von hinten mit einer gefüllten Weinflasche auf den Kopf des Herrn ein. Auch wurde auf den Ueberfallenen geschossen. Wie jetzt die Kriminalpolizei bekannt gibt, sind die Täter ermittelt. Es handelt sich um die Raubmörder von Neuenahr, die auch den Tod des Syndikatsdirektors Emil Sohn aus Bochum auf dem Gewissen haben.

Aus dem Zentralverband der kath. Jungfrauenvereinigungen Deutschlands. (Zentrale Bochum.)

Der Verband kann auf arbeitsreiche, aber auch erfolgreiche Wochen zurückblicken. Nachdem vom 29. August bis 2. September im Erholungsheim der Salzkottener Franziskanerinnen in Behringhausen (Kreis Brilon) Exerzitien für Mitarbeiterinnen in den weiblichen Jugendvereinen stattgefunden hatten, folgte vom 5.—11. September der 4. Einführungslehrgang für Mitarbeiterinnen, dem derselbe Grundgedanke wie den früheren zugrunde lag, nämlich: Wie erziehen wir unsere Mädchen für das Heim, für die Familie und für die Volksgemeinschaft? Diesmal fand der Lehrgang aber nicht in Bochum, sondern im St. Annahaus in Paderborn statt. Die Teilnehmerinnen waren fast ausnahmslos aus ländlichen Bezirken, und so konnte die Eigenart der Jugendarbeit auf dem Lande weitgehend berücksichtigt werden. Im übrigen bewährte sich auch diesmal wieder die nunmehr erprobte Methode der Lehrgänge: Beschränkte Zahl der Teilnehmerinnen (70), Forderung vorhergegangener praktischer Betätigung, Arbeits- und Lebensgemeinschaft in demselben Hause für die Zeit des Kursus.

Und dann kam etwas ganz neues: Ein Lehrgang für 40 Bezirkspräsides des Verbandes im Bonifatiushause bei Emmerich vom 13.—17. September. Ein Versuch, der über alles Erwarten geglückt ist. 40 Priester, Männer der praktischen Seelsorgs- und Jugendvereinsarbeit aus den verschiedensten Gegenden und Verhältnissen, waren vier Tage vereinigt zu ernster Beratung über die wichtigsten Probleme der weiblichen Jugendpflege. Der reiche Beratungsstoff war gegliedert in vier Hauptthemen: Fragen der Jungfrauenpsychologie und Jungfrauenerziehung mit besonderer Berücksichtigung der Erziehung für die Ehe und Familie; wozu P. Muckermann S. J., die grundlegenden Gedanken bot; sodann die Ideen und Triebkräfte der Jugendbewegung und die Stellung unserer Vereine zu denselben; an dritter Stelle Organisationsfragen und zuletzt Fragen der Vereinspraxis. Alle Teilnehmer waren höchst befriedigt von all dem Tiefgründigen und Wertvollen, was in den Referaten und Besprechungen geboten wurde. Das Gesamtergebnis ist von der Verbandsleitung zu einem eingehenden Arbeitsprogramm für das nächste Jahr verarbeitet worden. Wichtiger aber ist, daß alle Gedanken und Anregungen und die warme Begeisterung für die Kongregationssache von den Bezirkspräsides in ihre Bezirke weiter getragen werden.

Endlich sei noch erwähnt ein Versammlungszyklus in der sächsischen Diaspora, bestehend aus drei Tageskonferenzen für die Vorstandsmitglieder in Erfurt (am 11. September) Halberstadt und Magdeburg am 25. September, 4 Präsideskonferenzen in Dickersleben am 26., Magdeburg am 27., Halle am 28. und Heiligenstadt am 29. September und drei großen Jungfrauenversammlungen in Halberstadt am 25., Dickersleben am 26. und Heiligenstadt am 29. September.

Kirchliches.

× **Münster**, 12. Okt. Die Telephonnummern des Bischöflichen Generalvikariats sind geändert. Es erhielt nunmehr die Nummern 3680 und 3681.

M. O. **Rom**, 8. Okt. Daß der Anima die Feier des silbernen Priesterjubiläums ihres Rektors Msgr. Dr. Brenner bevorstand, haben wir bereits kurz berichtet. Die heute im zweiten Jahrgange vergrößert erschienene „Roma aeterna" bringt als Widmung das Bild des Jubilars Msgr. Brenner mit Lebenslauf. Die Feier selbst spielte sich, dem Wunsche des Rektors entsprechend, im engsten Kreise ab. Morgens 8 Uhr las der Jubilar über der Gruft des hl. Petrus eine stille hl. Messe, welcher die Vertreter der kath. deutschen Vereine Roms und einige Freunde beiwohnten. Gegen Mittag empfing der heilige Vater den Jubilar in besonderer Privataudienz, welcher auch die ehrwürdigen Schwestern vom heiligsten Herzen, die seit Beginn dieses Monats die Hauswaltung in der Anima übernommen haben, beiwohnten. Die näheren Freunde, sowie die geistlichen Herren des Hauses mit dem Prinzen Georg von Bayern, Sohn des Prinzen Leopold, welcher noch eben empfangener Priesterweihe zu Studienzwecken in Rom weilt und in der Anima Wohnung hat, vereinigten sich mit dem Jubilar zu einer kleinen Festfeier. Pröbst D. Leufkens gedachte im Namen des Hauses der Verdienste des Rektors. Eine offizielle Feier seitens der Kolonie wird in einigen Wochen stattfinden.

Des ferneren bringt die Oktober-Nummer der „Roma aeterna" einige für jeden Rom-Pilger wichtige Fingerzeige, wie z. B. die Besuchszeiten der Museen des laufenden Monats mit allen zweckdienlichen Angaben. Der Dominikaner P. Cassius Hansen, hier, schrieb den vielbeachteten Leitartikel „Zum Rosenkranz-Monat". P. Hansen ist Kind der Diözese Münster i. W. Dem einzigartigen Charakter der Zeitschrift entsprechend folgt zum Franziskus-Jubiläum ein Artikel in den beiden Sprachen, deutsch und italienisch, wie der heil. Franziskus den 3. Orden gründete. Gymnasial-Direktor Dr. Karl Hofacker in Kempen feiert in einem Artikel den 450. Todestag des Verfassers der Nachfolge Christi, Thomas Hemerken von Kempen, und schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß dem gottseligen Verfasser der Nachfolge Christi in baldiger Zeit die Ehre der Altäre zuteil werden möge. Die „Kleine Chronik" unterrichtet die kath. Auslandsdeutschen über das religiöse Leben in der Heimat. Die Zeitung „Roma aeterna" kann bestellt werden für Deutschland bei Joseph Lensing in Dorsten (Rhld.). Postscheck Köln 85444. Bezugspreis 25 Mark jährlich.

Vermischtes.

Streikdrohung der mitteldeutschen Eisenbahnarbeiter.

Halle, 11. Okt. Unter den Werk- und Streckenunterhaltungsarbeitern der Eisenbahndirektion Halle gärt es wieder einmal. Der Bewegung befleht aber nicht in wirtschaftlichen Sorgen, sondern in der Befürchtung, daß der Achtstundentag wieder abgeschafft werden könnte. Bisher wurde durchgehend acht Stunden gearbeitet, mit ¼ Stunde Frühstück und ¼ Stunde Vesperpause. Von seiten der Arbeiter wird jetzt geltend gemacht, daß sich die durchgehende Arbeitszeit nicht bewährt habe. Die Arbeiter seien in den letzten Stunden immer stark erschöpft und keineswegs voll leistungsfähig. Die Regierung habe deshalb verfügt, daß die Arbeitszeit durch eine mindestens einstündige Ruhezeit unterbrochen werden muß, die natürlich nicht in den Achtstundentag hineingerechnet wird, also durch eine Mittagspause, die nach dem Wunsche der Arbeiter eventuell noch über eine Stunde hinaus ausgedehnt werden kann. Das paßt aber vielen Arbeitern nicht. Viele haben nämlich noch eine Nebenbeschäftigung, deren Weiterführung dann in Frage gestellt werden könnte. Deshalb stemmt man sich mit aller Macht dagegen und hat bereits mit dem äußersten Gewerkschaftsmittel, dem Streik, gedroht, obwohl die Hallesche Eisenbahndirektion nicht in der Lage ist, eine Aenderung zu treffen, da es sich ja um eine Maßnahme der Regierung handelt. Es ist gegenwärtig eine starke Bewegung im Gange, in den nächsten Tagen in den Streik zu treten, wenn die Maßnahme nicht aufgehoben werden sollte. Die Arbeiter erklärten sich in Versammlungen in ihrer Mehrheit entschlossen, ihren Willen durch einen Streik durchzusetzen. In Halle hat die Abstimmung eine überwältigende Mehrheit für den Streik ergeben. In den Eisenbahnwerkstätten Engelsdorf sind 1491 für und nur 40 gegen den Streik. Die Situation ist noch alledem sehr gespannt.

Eine eigenartige Beleidigungsklage.

⊡ **Magdeburg**, 12. Okt. Das Magistratskollegium der Stadt Oschersleben am Harz hat bei der Staatsanwaltschaft Halberstadt soeben eine Strafanzeige gegen den Landrat Dr. Heine wegen Beleidigung und Verleumdung gestellt. Damit klagt zum ersten Male eine ganze Stadt in einem Prozeß, dessen Ausgang allgemein interessieren dürfte. Wie der Erste Bürgermeister Dr. Voigt in der letzten Stadtverordnetenversammlung bekannt gab, hat der zuständige Landrat Dr. Heine bei einer Verhandlung mit Regierungsvertretern u. a. gesagt, er finde es auffallend, daß eine städtische Baustelle an einen Tierarzt zu so billigem Preise verkauft sei, während die Stadt auf der andern Seite das von einem Bürger zur Erbauung einer Mädchen-Mittelschule zur Verfügung gestellte Grundstück zu teuer bezahlt habe. Der Landrat könne sich das nicht anders erklären, als daß Magistrat und Stadtverordnete, besonders der Grundstücksausschuß, sich hätten bestechen lassen. Auf der einen Stelle hätte es eine Kalbskeule und auf der anderen etwas anderes gegeben. Auf den sofortigen Protest des Bürgermeisters gegen eine derartige Unterstellung sagte Dr. Heine, daß der Bürgermeister persönlich nicht getroffen werde. Akademiker seien Bestechlichkeiten nicht zugänglich. Darauf wies der Bürgermeister den Vorwurf der Bestechlichkeit namens der Stadtverwaltung zurück. Wenn der Landrat Tatsachen wisse, könne er doch Namen nennen. Eine Abschrift der Strafanzeige gegen Dr. Heine ist inzwischen dem Regierungspräsidenten zur Kenntnisnahme eingereicht. Daraufhin hat dieser eine Verfügung erlassen, die besagt, daß die Art des Vorgehens seine Billigung nicht finde. Er wolle die Angelegenheit im Aufsichtswege verfolgen, und ersuchte deshalb, Aufschub des Strafverfahrens bei der Staatsanwaltschaft zu beantragen zum Zwecke der Einleitung des Disziplinarverfahrens. Der Magistrat hat beschlossen, diesem Ersuchen nicht stattzugeben. Nach kurzer Aussprache beschloß auch die Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Beantragung des Strafverfahrens, nachdem noch einmal darauf hingewiesen worden war, daß die Beleidigung die nichtakademischen Beamten besonders schwer treffe.

Handels-Nachrichten.

* **Kuxenteilung.** Die „Deutsche Bergwerksztg." ist in der Lage, über einen Plan Mitteilung zu machen, der für die gesamte Bergbauindustrie, insbesondere auch für den Wertpapierbesitzer, von allergrößter Bedeutung ist. Wie auf Grund von einwandfreien Informationen gemeldet wird, ist beabsichtigt, eine Aenderung des § 101 des preußischen Berggesetzes herbeizuführen, in der Weise, daß eine Teilung der Kuxe von Bergbauunternehmungen erlaubt sein soll. Es steht noch nicht fest, ob man der Aenderung die Zahl 10000 oder gar die Zahl 20000 zugrunde legen wird. Die neue Fassung des § 101 wird voraussichtlich schon bald kommen. Die Vorlage liegt bereits im Ministerium fertig. Es ist vorauszusehen, daß diese Neufassung des preußischen Berggesetzes den Kuxenmarkt sehr wesentlich beeinflussen wird. Die Zahl der Interessenten für Bergwerksanteile wird ohne Zweifel außerordentlich anschwellen. Allerdings wird dadurch auch die Gefahr, die heute schon aus der Spekulation erwachsen ist, erheblich vermehrt und der Bankwelt eine schwere Verantwortung aufgeladen. Rein wirtschaftlich betrachtet ist die Abänderung des preußischen Berggesetzes mit greifbaren Vorteilen für die beteiligten Industrien verknüpft. Die Kapitalbeschaffung wird durch größere Verteilung des Risikos erheblich erleichtert werden. Im Falle der Zubußeeinziehung wird diese Maßnahme weniger unangenehm ins Gewicht fallen, als es heute bei dem Vorhandensein von Riesenkuxen der Fall ist. Des weiteren ergeben sich weitgehende Finanzierungsmöglichkeiten für die Bergbauunternehmungen. Es ist z. B. denkbar, daß bei der Kuxenteilung die Unternehmungen einen Teil der neugeschaffenen kleineren Anteile im Portefeuille behalten und auf diese Weise in die Lage versetzt werden, Angliederungs- und Zusammenlegungsaktionen leichter zu bewerkstelligen. Die neue Stillegungsordnung wird durch die Abänderung des preußischen Berggesetzes in ihrer politischen Auswirkung voraussichtlich in ein ganz neues Licht gerückt werden. Sowohl der Reichskohlenrat, als auch der Verein Deutscher Kalliinteressenten haben sich für die Abänderung des § 101 des preußischen Berggesetzes ausgesprochen.

* **Neue Aktiengesellschaft.** In das Handelsregister des Amtsgerichts Bielefeld ist die Firma Bielefelder Sattelwerke A.-G. in Brake bei Bielefeld mit einem Aktienkapital von 2000000 M. eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Fahrradsätteln und Taschen, sowie der Betrieb von und die Beteiligung an ähnlichen Unternehmungen. Gründer der Gesellschaft sind Bankdirektor Gustav Witscher-Dortmund, Bankdirektor Richard Drenkmann (Direktorium der Disconto-Gesellschaft) - Bielefeld, Fabrikant Fritz Eilers-Bielefeld, Fabrikant Louis Oetker-Bielefeld, Fabrikant Wilhelm Feuerhake-Fröndenberg, Architekt Paul Liesenhoff-Dortmund und Fabrikdirektor Carl Petrum-Bielefeld. Die 7 Gründer haben sämtliche Aktien zum Nennwert übernommen; der Fabrikant Fritz Eilers bringt auf seine Einlage Maschinen, Werkzeuge und Materialien im Werte von 60000 Mark ein. Den ersten Aufsichtsrat bilden Bankdirektor Gust. Witscher-Dortmund, Fabrikant Wilhelm Feuerhake-Fröndenberg, Brennereibesitzer Robert Schlichte-Steinhagen, Fabrikant Fritz Eilers-Bielefeld und Konsul Robert Hoesch-Dortmund. Zum Vorstand sind die Fabrikdirektoren Carl Petrum und Conrad Külken-Bielefeld bestellt.

* **Zusammenschluß in der deutschen Kabelindustrie.** In der kommenden Woche finden laut „D. A. Z." Verhandlungen über den Beitritt der Außenseiter zum deutschen Kabelsyndikat statt. Nach dem Verlauf der bisherigen Unterhandlungen darf mit einem befriedigenden Ergebnis, d. h. mit dem Zusammenschluß aller Kabelwerke, gerechnet werden.

* * **Aus den deutschen Weinbaugebieten.** Die Lese der Weintrauben ist in den meisten Gebieten im Gange, vereinzelt in ganzen Bezirken schon zum größten Teil erledigt. Rheinhessen gab bisher die Aiche (641) Trebermost zu 420-700-800 Mark und darüber an. An der Nahe, wo die Lese erst begonnen hat, wurden 40-60 M. und darüber für die 641 vorgeboten. Am Mittelrhein setzte Kaub den Preis für die Ohm (2001 Trebermaische) auf 1700 M. fest. In Baden wurden im Markgräflerland 1300-1900 M., die Ohm (1501) Trebermost bezahlt, auf der Insel Reichenau 800-1200 M., im Bühlertal 1800-2000 M. In Franken hat die Lese begonnen, ohne daß sich schon ein fester Preis gebildet hat. In Württemberg, das im allgemeinen mit einem schwachen halben Herbst rechnet, wurde der Eimer (3hl) bisher mit 2300-3500 M. bezahlt; für Portugieser wurden aus herzogl. Weinbergen in Untertürkheim bei einer Versteigerung 1325-1405 M. für das Hektoliter bewilligt.

* **Die Oesterreichisch-Ungarische Bank** teilt mit: Am letzten September ist der Banknotenumlauf in Oesterreich um 59 Milliarden Kronen gestiegen. Diese Zunahme ist teilweise durch lebhafte kommerzielle Ansprüche, zum großen Teil aber durch die Einlieferung von Staatsschatzscheinen hervorgerufen worden. Ein geringerer Betrag wurde zur Deckung der Getreide- und Lebensmittelversorgung verrechnet.

* **Russisches Altmaterial für Deutschland.** Wie das WTB. hört, ist unter der Firma Deutsch-Russische Metallverwertungs-Gesellschaft m. b. H. (Derumetall) von Herrn Stomoniakow, dem Handelsvertreter der russischen Regierung in Berlin, und Herrn Kommerzienrat Norbert Levy in Firma N. Levy u. Co., eine Gesellschaft gegründet worden die für Rechnung der russischen Regierung in Rußland lagernde Altmetalle, Schrott, Mineralien usw. von dort zur Verwertung ausführen wird. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Berlin. Das Kapital beträgt vorläufig 2 Mill. M. Geschäftsführer sind ein Mitglied der russischen Handelsvertretung und Herr Jacques Ber, der von der Firma N. Levy u. Co. entsandt ist. Es liegen sehr bedeutende Mengen Altmetalle und Schrott zur Verladung bereit, die dem deutschen Markt zugeführt werden sollen. Eine größere Partie soll noch im Laufe dieses Monats von Petersburg verschifft werden.

* **Zur Lage der Textilindustrie.**

Die Wollwarenindustrie ist in allen Zweigen überaus flott beschäftigt und man kann nicht nur seitens der deutschen Abnehmerschaft einen regen Eingang neuer Aufträge feststellen, sondern auch das Ausland zeigt wachsendes Interesse. So haben die sächsischen Wirkwarenfabrikanten unter anderem von Amerika große Aufträge erhalten. Die Handschuhfabrikanten des Chemnitzer Bezirks konnten eine Reihe guter Bestellungen aus England und Amerika hereinnehmen und es scheint als ob England und seine Kolonien wieder in altgewohnter Weise als regelmäßiger Abnemer für die Erzeugnisse der sächsischen Handschuhindustrie in Frage kommen könnten. Was das Geschäft mit Amerika anbetrifft, so scheinen die Befürchtungen, die man an die Einführung des neuen Zolltarifes geknüpf hat, grundlos zu sein. Das amerikanische Geschäft hat sich in sehr gesunder Weise weiter entwickelt und wenn auch heute der ungünstige Stand unserer Währung dem Ausländer einen besonderen Anreiz zum kaufen gibt, so scheint es doch, daß man auch für spätere normale Zeiten auf einen guten Absatz dieser Artikel nach Amerika wird rechnen können. Im Kleiderstoffgeschäft ist ein erheblicher Umschwung durch die Einführung der Hausseklausel seitens der sächsischen Kleiderstoff-Webereien eingetreten. Während früher eine überaus rege Nachfrage herrschte, und die Großhändler bemüht waren, auch für spätere Termine größere Aufträge unterzubringen, hat mit der Einführung der Hausseklausel das Geschäft fast vollständig aufgehört. Die Zeichen der Hauptkonjunktur sind auch in den Betrieben der Bänder-, Kordel- Litzen- und Spitzenindustrie zu erkennen. Daß dadurch die Entwicklung der Barmer Industrie im allgemeinen in gesundere Bahnen gelenkt worden ist, kann man bisher nicht behaupten. Denn auch heute noch sind allernand Mißstände, welche den Wiedraufbau erschweren, festzustellen. In erster Linie muß man hierbei an den alten Kampf zwischen den Verbänden und den Außenseitern denken und an alle sich hieraus ergebenden Begleiterscheinungen. Die Außenseiter sind in der Zeit nach dem Kriege stärker geworden; es sind zahlreiche neue Firmen entstanden, welche sich aus den verschiedensten Gründen bisher nicht entschließen konnten, den Verbänden beizutreten. Die Absatzverhältnisse scheinen sich für die Erzeugnisse der Barmer Industrie in der nächsten Zeit weiter günstig zu entwickeln. Als ein Zeichen der gegenwärtigen Hochkonjunktur haben die meisten Fabrikanten augenblicklich auf Monate hinaus Aufträge vorliegen, aber die Mode scheint sich auch den Barmer Erzeugnissen wieder mehr zuwenden zu wollen. Mit am besten beschäftigt sind die Spitzenfabrikanten. Barmer Klöppelspitzen und -Einsätze der verschiedensten Art sind sowohl vom deutschen Markt als auch vom Auslande in großen Mengen aufgenommen worden. Kunstseidene Strickbänder, welche seit einiger Zeit von der Barmer Industrie in steigendem Umfange herausgebracht werden, sind dank der geschmackvollen Ausmusterung und der qualitativ guten Ausführung ein großer Artikel geworden. Die Seidenbandwebereien dürfen sowohl auf die Putzmode als auch auf die Kleidermode größere Hoffnungen setzen. Der moderne große Hut begünstigt die Bandgarnitur, und breite Schleifen und große Bandrosetten scheinen besonders bevorzugt zu werden. Die hohen Preise, welche für reinseidene Bänder angelegt werden müssen, scheinen vorläufig den Absatz noch zu erschweren. Es sei darauf hingewiesen, daß seine Seide genau so wie alle anderen Textil-Rohmaterialien schon allein durch die rapide Verschlechterung unserer Valuta bedeutend im Preise gestiegen ist. Bei allen kunstseidenen Artikeln macht die Beschaffung des Rohmaterials erhebliche Schwierigkeiten, weil die deutschen Kunstseidefabriken trotz einer wesentlichen Steigerung ihrer Produktion der Nachfrage nicht zu genügen vermögen. Etwas weniger günstig ist die Lage der Schnürriemenindustrie, es herrscht hierin immer noch ein erhebliches Angebot und die Erzielung einigermaßen normaler Verkaufspreise soll nach wie vor besondere Schwierigkeiten machen. — Bei Posamenten hat sich die Nachfrage in den letzten Wochen etwas gebessert.

Hauptredakteur: Th. Barnecke.
Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Barnecke; für Handel und Wirtschaftliches: Karl Mohs; für Lokales und Provinzielles: J. V. Dr. Heinz Bause; für Feuilleton, Kunst und Wissenschaft: Dr. Heinz Bause; für Anzeigen und Reklamen: Max Peukes, sämtlich in Münster.